Nr. 266 XXVII. Jahrgang

Dienstag, 30. September 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13658, 13697, 17100. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 2,00
vierteljährlich M. 6,00.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 2,00, vierteljährl. M. 6,00
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2,15 „ „ 6,45
Postbezug im Ausland u. Eintragung in den Postlisten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1,20, nach dem Auslande M. 1,50
Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Anzeigen:
Die 56 mm breite Nonpareillezeile kostet 75 Pf., die 75 mm breite Reklamezeile M. 2,40, mit Platzvorschrift M. 3.— für Listen- oder Kunstsatz 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, amtliche Bekanntmachungen 25 % Sondergebühr. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Durch Arbeit zur Siedlung

Von Helmut Hultzsch (Dresden)

Wir geben den folgenden Ausführungen eines jungen Studenten der Staatswissenschaften, der als Offizier im Felde stand und jetzt als freiwilliger Kohlenarbeiter tätig ist, Raum, weil sie einerseits die vorbildlichen Bestrebungen des bereits sehr erfolgreichen Wirtschaftspioniers Schmude und seiner Mitarbeiter kennzeichnen, anderseits aber einen neuen, gangbar erscheinenden Weg zur Ueberbrückung des Gegensatzes zwischen Geistes- und Handarbeitern weisen. Wiederholt ist aus studentischen Kreisen auf die Notwendigkeit praktischer Arbeitsbetätigung hingewiesen worden; solcher Appell mußte vergeblich bleiben, weil es bisher an organisatorischer Zusammenfassung dieses Arbeitswillens gebrach. Diesen Mangel will Hultzsch beseitigen, und wir hoffen, daß er damit guten Erfolg haben wird. Die von Damaschke so energisch vertretene Idee der Kriegerheimstätten und Arbeitersiedlungen soll hier zu einem Teil ihre praktische Verwirklichung finden. Hultzsch wird am 2. Oktober 8 Uhr abends in der Aula der Technischen Hochschule seine Pläne und Ziele vortragen.

Die Redaktion.

Eine der wichtigsten Gegenwartsfragen lautet: Wie kann der Arbeitswille in unserm Volke neu belebt werden? Gelingt es, die Lähmung des Arbeitswillens, die nach der Marter dieses unglücklichen Krieges geschah, durch ein kräftigst antreibendes und belebendes Moment allmählich zu beheben, so werden wir durch unsrer Hände Arbeit wieder emporwachsen und uns den Platz an der Sonne erringen, der uns neben allen Völkern der Erde gebührt. Dies ist nun der Grundgedanke des erwachenden neudeutschen Geistes: den erschlafften Arbeitswillen zu beleben durch die Arbeit für das eigene Heim.

An Ideen fehlt es uns bekanntlich nicht, nur selten jedoch sind Männer, die die Ideen in die Tat umsetzen. Ein solcher Seltener ist Hauptmann Schmude. Tat- und Willensmensch mit dem Herzen des Menschenfreundes, der Begeisterte und Begeisternden Triebkraft des Realisten. Er erkannte bereits im April dieses Jahres, daß es vor allem gelte, selbst Hand anzulegen. Mit 60 Erwerbslosen und Heeresentlassenen zog er ins norddeutsche Braunkohlengebiet (Helmstedt) und arbeitete als Kohlenarbeiter. Er sah: die Arbeiterfrage ist in erster Linie eine Unterbringungsfrage, gelingt es, Arbeiter anzusiedeln, so wird sich die Produktion erhöhen. Also: jeder Arbeiter muß die Möglichkeit sehen, sich durch seiner Hände Arbeit ein eigenes Heim zu schaffen; dann arbeitet er auch mit Lust und Liebe, und die Produktion steigt.

So kam Schmude zum Gedanken der Siedlung, schritt sofort zur Tat. 800 Arbeiter der umliegenden Werke, die ihn, der wie sie als einfacher Grubenarbeiter arbeitete, bald als ihren geistigen Führer anerkannten, vereinigte er in einer „Arbeits- und Siedlungsgemeinschaft" in Völpke bei Magdeburg, Kreis Neuhaldensleben. Diese Siedlungsgemeinschaft brachte fast eine halbe Million an Geldmitteln zusammen, ist im Begriff Siedlungsland zu erwerben und will im Frühjahr mit dem Bau von Heimstätten beginnen. Die Arbeiter wollen bei gegenseitiger Unterstützung in ihren Feierstunden selbst ihre Häuser bauen. Verhandlungen mit der Regierung führten schließlich zu einem positiven Ergebnis: Man kauft Siedlungsland, das in Gestalt eines Großgrundbesitzes zwischen zwei etwa 8 Kilometer voneinander entfernt liegenden Kohlen- und Kaligebieten liegt. Dort sollen im Frühjahr unter Leitung des Dresdner Regierungsbaumeisters Köster, der sich Schmude angeschlossen hat, die ersten Heimstätten und Siedlungen nach einem bestimmten Plan entstehen, der den neuesten Gedanken auf diesem Gebiete, den Kernhausbau verwirklicht. Im Hallenser Gebiet findet das Völpker Beispiel bereits Nachahmung. Hier ist Hauptmann Keller tätig, der wie Schmude als Kohlenarbeiter mitarbeitet. Auch dort will man Unterkünfte und später Siedlungshäuser in gemeinsamer Arbeit außerhalb der Schichtzeit bauen. Der Gedanke, der hier in die Tat umgesetzt wird, ist von grundlegender Bedeutung. Um ihn auch in andern Kohlengebieten und später in ganz Deutschland durchzuführen, hat sich ein „Deutscher Arbeitsbund" gebildet, mit dem Ziel der Förderung von Arbeits- und Siedlungsgemeinschaften nach Völpker Vorbild. Der leitende Gedanke dieses „Deutschen Arbeitsbundes" ist: Durch Arbeit zur Gemeinschaft von Hand- und Geistesarbeitern, durch gegenseitige Hilfe zur Siedlung.

Einen zweiten Weg führt Hauptmann Aumann. Dieser hat ein „Freikorps der Arbeit" gebildet, in dem er hauptsächlich Heeresentlassene und frühere Reichswehrangehörige sammelt. In einer „Genossenschaft Neudeutschland zur Beschaffung von Arbeitsstätten und Heimstätten" schließen sich seine Leute zusammen, Aumann entsendet sie in Arbeitstrupps in die Kohlengebiete und landwirtschaftlichen Betriebe. Dort arbeiten sie und wollen sich in genossenschaftlichem Zusammenschluß Heimstätten bauen. Auch dieser Plan verwirklicht den gleichen Grundgedanken: Wir müssen alles daransetzen, die Unterbringungsfrage durch Einstellung des Arbeitswillens auf das Ziel Ansiedlung, die Heimstätte, zu lösen. Der große Gedanke der Bodenreform ist damit praktisch in den Mittelpunkt der Lebensfragen unsres Volkes gerückt.

Dem praktischen Vorangehen Schmudes und Aumanns werden andre folgen. Die Regierung kann jedoch den Gedanken nur dann in einer zusammenfassenden Organisation großzügig durchführen, wenn die Idee „Durch Arbeit zur Siedlung" in das Volk hineingetragen wird. Hierzu will ich nun einen Weg versuchen, der dem Schmudes parallel läuft und ihn ergänzt. Mein Plan, Anfang August unter dem Eindruck der drohenden Kohlenkatastrophe entworfen, will die deutschen Studenten zur freiwilligen Arbeit in den Kohlengebieten aufrufen. Ich habe zunächst die Probe aufs Exempel gemacht, indem ich als Kohlenarbeiter ins Niederlausitzer Braunkohlengebiet ging. Hier fand ich die Ansichten Schmudes praktisch bestätigt. In Berlin gelang es mir dann, im Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsamt mit meinem Plan Gehör zu finden. Hier erst erfuhr ich Näheres über die Bestrebungen Schmudes und unterstellte meine Idee dem Gedanken des „Deutschen Arbeitsbundes".

Die Durchführung meines Planes soll nun mit dem Versuch beginnen, zunächst in Dresden aus der Studentenschaft diejenigen zu gewinnen, die bereit sind um der Not der Zeit und ihrer innersten Ueberzeugung willen mit mir und mit Arbeitslosen ins Niederlausitzer Braunkohlengebiet zu gehen, dort als Kohlenarbeiter zu arbeiten. Dabei sollen Siedlungs- und Arbeitsgemeinschaften nach Völpkes Vorbild ins Leben gerufen werden. Sind diese gegründet und sind die Studenten nicht mehr nötig, sollen sie zu ihrem Studium und zu ihren Büchern zurückkehren, um bisher Arbeitslosen Platz zu machen.

Die Lebensfragen unsres Volkes erscheinen auch mir in diesem Ziel vereinigt: Arbeits- und Heimstätten zu schaffen für die Erwerbslosen der Großstadt dort, wo man Arbeitskräfte am dringendsten braucht, in den Kohlenbergwerken und Eisenbahnwerkstätten, um dadurch die Kohlennot, die unser gesamtes Wirtschaftsleben zu lähmen droht, wirksam zu bekämpfen. Gleichzeitig soll aber dieses Vorangehen als einfache Kohlenarbeiter den Gedanken verwirklichen helfen, der unser Volk allein wieder zur sozialen Einigung und zur Wiederbelebung seiner Kräfte führen kann: die Zusammenarbeit von Hand- und Geistesarbeitern mit dem Ziel des Wiederaufbaues unsrer Wirtschaft.

Tittonis Friedensrede in der Kammer

Agenzia Stefani meldet: Tittoni machte gestern in der Kammer die erwarteten Ausführungen über die allgemeine Lage und über die Friedensverträge mit Deutschland und Oesterreich. Er führte aus: Bei Ende des Krieges hoffte man, daß der Sieg die Anerkennung unsrer Ansprüche im Ausmaß der von uns gebrachten Opfer bringen werde, aber das Gegenteil trat ein. Die italienischen Delegierten mußten täglich ringen, um nur einen Teil des nationalen Programms zu verwirklichen. Die Ereignisse in Ungarn, Rumänien, Oberschlesien und anderwärts hatten die Friedenskonferenz gezwungen, von ihren Hauptzielen, die Friedensverträge abzuschließen, abzugehen. Die Konferenz mußte die Mission übernehmen, Europa zu lenken, und es ist nicht abzusehen, wenn sie diese schwierige Tätigkeit einstellen kann. Im Januar 1918 hat Wilson in seiner Botschaft an den Kongreß erklärt, daß er die abgeschlossenen Geheimverträge nicht anerkenne. Folglich muß dem Londoner Pakt jeder Wert abgesprochen werden. Ferner verkündete er seine 14 Punkte, in denen man schon die Möglichkeit der Entstehung eines Mißverhältnisses mit Italien sah. Wilson wurde der oberste Schiedsrichter, nicht nur weil Amerika den letzten Impuls zum Sieg gegeben hat, sondern auch wegen der Tatsache, daß Europa in der Nahrungsmittelfrage die Unterstützung Amerikas nicht entbehren kann. Am 17. Januar wurde unter Zustimmung der italienischen Delegation beschlossen, daß die Beschlüsse der Friedenskonferenz einstimmig gefaßt werden mußten. Folglich konnte eine für uns günstige Stimmenabgabe durch England und Frankreich für uns keinen Wert haben, denn die Stimme Amerikas fehlte. In einer Sitzung der Konferenz hatte sich Wilson neuerdings dahin ausgesprochen, daß es sich nicht nur um eine Unterhaltung zwischen Italien, England und Frankreich handle, daß Amerika vielmehr das Recht zustehe, den ihm gebührenden Platz einzunehmen und die adriatische Frage in einer Weise zu behandeln, die dem Londoner Pakt in keiner Weise Rechnung zu tragen brauche.

+ Lugano, 29. September. (Priv.-Tel.) Der „Corriere della Sera" erkennt es als das größte Verdienst Tittonis an, Italien endlich die Wahrheit über die internationale Lage eröffnet zu haben, nachdem die Regierung Orlando-Sonnino durch Verheimlichung der Wahrheit das Land in die jetzige Krise gesteuert habe. Kein Patriotismus könne die Abhängigkeit Italiens von Amerika leugnen und für einen Widerstand gegen Amerika eintreten. Italien müsse Tittoni Vertrauen schenken und die Vorschläge in der Hoffnung annehmen, daß die Beschlüsse von Paris nicht ewig gelten und durch Italiens Weltstellung gebessert werden würden. Italien wolle ab und ruhig arbeiten zugunsten seines Fortschritts und seiner Größe. Der „Secolo" beteiligt seine Betrachtungen „Das Ende einer Täuschung" und stellt fest, daß Clemenceau und Lloyd George das Uebereinkommen von Chaldelaine zwar angenommen haben, aber besorgt waren, sich in Gegensatz zu Wilson zu setzen. Immerhin lasse dieser die Möglichkeit offen, in Form von Abmachungen Aenderungen vorzunehmen. Der „Popolo d'Italia" nennt den italienischen Frieden in den Adria-Gebieten unbefriedigend. Von deutschem Kolonialbesitz habe Italien nur spärliche Brosamen und in Kleinasien nichts erhalten. Es werde ihm ein seiner nicht würdiger Frieden angeboten. Der „Avanti" weist auf den Gegensatz zwischen den ungeheuren Opfern Italiens und dem erreichten Ergebnis hin, das in Abhängigkeit von Amerika und den Verbündeten stehe.

Graf Rantzau und das Rotbuch

id. Wien, 29. September. (Eig. Drahtbericht.) Der „Neue Tag" meldet, daß die Aktenstücke des Rotbuches vom Wiener Auswärtigen Amt dem Grafen Rantzau während der Versailler Verhandlungen zur Entlastung Deutschlands am Kriegsausbruch angeboten worden seien, daß aber Graf Rantzau die Benutzung abgelehnt habe.

Lebensmittelverhältnisse und Sterblichkeit

⊙ Berlin, 29. September. (Eig. Drahtbericht.) Die hiesige Entente-Kommission hat, wie wir erfahren, auf ergangenen Befehl hin mit der Aufstellung eines statistischen Materials über die Lebensmittelverhältnisse und den Stand der Sterblichkeit in Deutschland begonnen. Der Bericht soll innerhalb vier Wochen an die Alliierten erstattet werden.

Eine Anleihe aus England?

⊙ Rotterdam, 29. September. (Eig. Drahtbericht.) „Manchester Guardian" schreibt, daß englische Handelskreise der Gewährung einer großen Anleihe an Deutschland nicht abgeneigt seien. Die Anleihefrage würde voraussichtlich in den nächsten Tagen zur Entscheidung kommen, sobald die Ratifizierung des Friedensvertrages in New-York erfolgt sei.

Weiteres Steigen des Markkurses

⊙ Zürich, 29. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Markkurs ist weiter im Steigen. Im freien Handelsverkehr wurde am Sonnabend die Mark mit 35 Centimes in Zahlung genommen.

Androhung neuer Zwangsmaßnahmen?

Der „Temps" meldet, der Rat der fünf Großmächte hat heute vormittag beschlossen, durch Vermittlung des Marschalls Foch der deutschen Regierung eine letzte Note zu überreichen, um die sofortige Räumung der baltischen Provinzen Litauen und Kurland durch die Truppen des Generals v. d. Goltz zu verlangen. Wenn die deutsche Regierung dieser letzten Aufforderung nicht Folge leistet, werden sofort Maßnahmen getroffen werden, die besonders umfassen erstens die Einstellung jeder Nahrungsmittelzufuhr und jeder Zufuhr von Rohstoffen an Deutschland, zweitens den Abbruch aller Verhandlungen finanzieller Art, die augenblicklich mit Deutschland gepflogen werden, namentlich mit Rücksicht auf die Kreditbewilligung.

Der Wiederaufbau Frankreichs

× Versailles, 28. September. Von den Besichtigungsreisen für den Wiederaufbau, die zur Zeit hier vorgenommen werden, haben bis jetzt eine dreitägige Besichtigungsreise der französischen Bergwerksbezirke und eine eintägige des Gebietes von Arras bis Lille stattgefunden. Den deutschen Teilnehmern ist bei diesen Reisen von den französischen Behörden höflichstes Entgegenkommen und Auskunft über alle sachlich interessierenden Fragen zuteil geworden. Die Eindrücke, die sie von ihren Reisen gewonnen haben, lassen schon jetzt erkennen, daß die Arbeit, die in den zerstörten Gebieten zu leisten ist, von sehr großem Umfange sein wird, daß sich aber auch erhebliche Schwierigkeiten technischer Art entgegenstellen werden, zu deren Ueberwindung es einer langwierigen und gründlichen Arbeit bedürfen wird.

Ein Vorschlag im französischen Senat

Das Wolff-Bureau meldet aus Versailles: Im französischen Senat hat der Senator Gaudin de Villaine einen Antrag eingebracht, die Session des Senates und der Kammer sofort für geschlossen zu erklären und im November für die Dauer eines Jahres eine konstituierende Nationalversammlung wählen zu lassen, deren Aufgabe es sein soll, den Friedensvertrag mit Deutschland sowie die Verträge mit Oesterreich, Bulgarien und der Türkei zu ratifizieren, den Präsidenten der Republik zu wählen und alle notwendigen Steuergesetze zu erledigen.

Die Entente und Rußland

⊙ Rotterdam, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Die „Morning Post" und die „Times" dementieren in Pariser Telegrammen die Meldung der englischen Arbeiterpresse, daß die Alliierten den Verzicht auf Maßnahmen gegen den Terror in Rußland beschlossen hätten. Die „Morning Post" hat Balfour befragt. Er erklärte, er wisse nichts von einer Einstellung der Maßnahmen gegen Rußland. Mit Bolschewisten und Kommunisten verhandle England niemals.

Die englische Blockade im Osten

* Helsingfors, 29. September. Das Gerücht, wonach die Zurückziehung der englischen Flotte aus dem Finnischen Meerbusen erfolgen soll, wird dementiert. Die Blockade bleibt aufrechterhalten.

Gegen die unbotmäßigen Truppen

⊙ Berlin, 29. September. (Eig. Drahtbericht.) General von der Goltz, der Führer des 6. Reservekorps, hat der Reichsregierung aus Kurland angesagt, daß er die Durchführung der Befehle der Reichsregierung gegen eigenmächtig handelnde deutsche Truppen in Kurland übernommen habe.

Der Kronrat gegen die Annexion

* Lugano, 29. September. Im italienischen Kronrat haben sich, wie der „Corriere della Sera" meldet, sämtliche Mitglieder, mit Ausnahme von Bissolati, Marcora, Bonatti und Barzilai, gegen die Annexion von Fiume ausgesprochen. Die Antwort Wilsons, die inzwischen eingetroffen ist, kann nur dazu beitragen, die Opposition gegen das Unternehmen zu verstärken.

Die Streikbewegung

kg. Berlin, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir erfahren, ist für kommenden Sonntag nach Berlin eine Besprechung der revolutionären Betriebsräte ganz Deutschlands einberufen, in der die Ausdehnung der gegenwärtigen Streikbewegung in Berlin und den deutschen Hafenstädten auf das ganze Reich zur Erörterung steht.

w. Frankfurt a. M., 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Gestern fand eine große Kundgebung der Angestelltenverbände im Schumann-Theater statt, die von etwa 8000 Personen besucht war. Falls die Forderungen einer Wirtschaftsbeihilfe von 1500 M. für Verheiratete, 100 M. für jedes Kind und 1000 M. für Ledige nicht erfüllt werden, soll am 5. Oktober in den Streik getreten werden. Auch die Bankbeamten hielten eine Versammlung ab, worin sie auf ihre Forderung 10 Prozent nachbetzen. Sie wollen, falls ihre Forderung nicht bewilligt wird, am 30. September die Arbeit niederlegen. Die Frankfurter Messe, die ein großer Erfolg zu werden verspricht, wird durch diesen Angestelltenstreik sehr geschädigt werden.

Der Eisenbahnerstreik in England

Zu dem an Bedeutung immer stärker wachsenden Streik in England wird aus Rotterdam gemeldet: Nach Berichten aus London ist der Eisenbahnerstreik in England voll im Gange. Wie der Eisenbahnerbund mitteilt, umfaßt der Streik alle Eisenbahnen Englands, Schottlands und Irlands und auch alle elektrischen Bahnen. Man schätzt die Zahl der Streikenden auf fast 1 Million. Der Bund der Eisenbahnmaschinisten hat beschlossen, sich mit dem Eisenbahnarbeiterbund solidarisch zu erklären und hat mitgeteilt, daß er im Notfalle bereit sei, an dem Streik teilzunehmen. Die Regierung erklärt, sie habe alle Maßnahmen getroffen, um die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung zu sichern, und hofft, die Lebensmittelzufuhr werde nichts zu wünschen übrig lassen. In einer Mitteilung erklärt die Regierung ferner, daß dieser Eisenbahnerstreik das ernsteste sei, was im Lande in diesem Augenblick geschehen könnte.

Ein weiteres Telegramm meldet, daß die Regierung den Streik der Eisenbahner als einen Anschlag gegen die bürgerliche Gesellschaft betrachtet und nicht zögern werde, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihr zur Verfügung stehen. Die Bahnlinien werden von Truppen bewacht, die auch nötigenfalls zur Aufrechterhaltung des Verkehrs herangezogen werden sollen. Es soll der Transportverkehr durch Kraftautos übernommen werden. Freiwillige Arbeiter sollen nötigenfalls durch Truppen geschützt werden. Alle Urlaube für Offiziere und Soldaten werden zurückgezogen. Die Demobilisierung ist eingestellt worden. Haig nimmt an den langandauernden ministeriellen Konferenzen teil.

Nach der Regierungsmitteilung hat auch der Arbeiterführer Thomas einen Aufruf veröffentlicht, in dem er sagt, er habe keine Mühe gespart, den Streik zu verhindern. Die Regierung hat verboten, in diesem Jahre die Löhne herabzusetzen. Im nächsten Jahre sollten die Löhne erst geändert werden, wenn die Lebensmittel, die jetzt 150 v. H. mehr kosten als vor dem Kriege, auf 110 v. H. gefallen wären und drei Monate so blieben, ohne daß sie steigen. Nach einer späteren Mitteilung hat der irische Rat der Nationalvereinigung Instruktionen der Eisenbahner erhalten, daß die irischen Eisenbahner bis auf weiteres bei ihrer Arbeit bleiben müssen. Amerikanische und französische Eisenbahner haben ihre Unterstützung des Aufstandes zugesagt.

Es sieht so aus, als ob die Regierung Lloyd Georges jetzt mit ihrem Widerstand gegen die Eisenbahner eine Kraft- und Machtprobe veranstalten will. Sie würde es demnach auch auf einen Zusammenstoß mit den Mitgliedern des Arbeiterbundes ankommen lassen, der Eisenbahnerstreik eignet sich am besten dazu. Die Regierungsmaßnahmen, so glaubt Lloyd George, sind der Sympathien der Oeffentlichkeit sicher. Die englische Regierung hat unter anderm folgende Maßnahmen eingeleitet: Sie hat

1. sämtliche Demobilisierte eingestellt und Marschall Haig mit der Militarisierung des Eisenbahnbetriebs betraut,
2. eine neue scharfe Kontrolle für Kohlen, Gioffe und Lebensmittel eingeführt, und
3. ein großzügiges Automobiltransportsystem organisiert, für das alle privaten Automobile requiriert worden. Da die Gewerkschaft der Schiffahrt nicht als Streikbrecher dienen will, werden Soldaten kommandiert werden. Auch die Frauenhilfe tritt wieder in Tätigkeit. Man erwartet, daß das ganze Personal der Untergrundbahn zu den Streik tritt.

Wilson will eingreifen

* Bern, 29. September. Wie aus Washington gemeldet wird, erwartet man ein Eingreifen Wilsons in die schwere Krise der Stahlindustrie. Wilson werde wahrscheinlich denjenigen, die eine Vermittlung zurückweisen, Gewalt ankündigen. Das Eingreifen Wilsons dürfte neue heftige Kämpfe im Senat entfesseln, wo die Besprechung des Kommissionsberichts über den Stahlarbeiterstreik die Erledigung des Friedensvertrages weiter verzögern wird.

* Berlin, 29. September. Aus New-York wird gemeldet: In Pittsburg kam es zwischen streikenden Metallarbeitern und Arbeitswilligen zu erneuten Zusammenstößen, wobei auf die Arbeitswilligen geschossen wurde. Drei Streikführer wurden von der Polizei verhaftet. Der Präsident des Stahltrustes Gary erklärte, der Direktionsausschuß würde es ablehnen, mit einem Vertreter der Streikenden zu verhandeln, da die Mehrheit der Arbeiterschaft dem Verbande nicht angehöre. Der Führer der Streikenden gab zu, daß nur etwa 51 Proz. der Arbeiterschaft dem Verbande angehören, erklärte aber, daß man trotzdem bis zum Ende durchhalten werde.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190930/1